

SO SCHNELL SCHAFFT ES
IHR UNTERNEHMEN AUF DIE TITELSEITE
DER MEMO-STICK –
WERBUNG, DIE KLEBEN BLEIBT

DEWEZET

Werbung, die kleben bleibt

DEWEZET

DEWEZET

DIE TAGESZEITUNG FÜR DAS WESERBERGLAND · 1848

Ihre Malerarbeiten!
- unsere Aufgabe!
Ausführung sämtlicher
Maler- und
Tapezierarbeiten für
jeden Anspruch.

Volker Semper GmbH
Malermeister
HM • Aubuschweg 4 • ☎ 95 69 11
www.maler-semp.de

Dienstag, 19. Oktober 2021

Deister- und Weserzeitung

Nr. 244 • 174. Jahrgang • 1,70 €



WEIHNACHTSMARKT

Hameln sagt Ja

Wie die Regeln sein sollen, lesen Sie auf Seite **HAMELN | 10**

FOTO: ARCHIV/DANA

Ex-Minister Powell stirbt trotz Impfung

WASHINGTON. Der frühere US-General und Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Er war 84 Jahre alt und laut seiner Familie vollständig gegen Covid-19 geimpft; er hatte seit längerem gesundheitliche Probleme. Powell – Sohn jamaikanischer Einwanderer – wurde 2001 als erster Schwarzer US-Außenminister, 2004 verzichtete er auf den Posten. Seine Amtszeit war überschattet vom Kampf gegen den Terror und den Kriegen in Afghanistan und im Irak. Sein Werben für den Militäreinsatz gegen Iraks Diktator Saddam Hussein bereute Powell später. **dpa** **» BLICKPUNKT | 2**



Colin Powell †

FOTO: DPA

Diesel so teuer wie noch nie in Deutschland

Automobilclub und Politiker fordern eine Entlastung der Pendler

VON THERESA MÜNCH UND CHRISTOF RÜHRMAIR

Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt: Diesel ist in Deutschland so teuer wie noch nie. Und für Superbenzin ist der Höchststand von 2012 nicht weit entfernt.

HANNOVER/MÜNCHEN. Der Preis für Diesel lag am Sonntag im bundesweiten Schnitt bei 1,555 Euro pro Liter. Damit wurde der Rekord vom 26. August 2012 übertroffen. Super der Sorte E10 kostete 1,667 Euro pro Liter – nur noch 4,2 Cent unter dem Höchststand vom 13. September 2012. Der Automobilclub ADAC mahnt eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO₂-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und

Unternehmen“, stellt der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) fest. Mobilität dürfe kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, meint Althusmann. Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO₂-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, so Weil.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagt die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse



Knapp 1,60 Euro kostete der Liter Diesel am Montag in Hameln.

FOTO: DANA

das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnt davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigen-

der CO₂-Preis vom Tisch ist.“ Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagt Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe stiegen damit um rund 9 Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verweist auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Der Ölpreis zieht mit dem Wiedererstarren der globalen Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt.

» KOMMENTAR | 2

Richterwahl: Retourkutsche aus Polen

Regierung in Warschau will gegen Deutschland vor den Europäischen Gerichtshof ziehen

VON DORIS HEIMANN

WARSAU/BERLIN/LUXEMBURG. Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen. Die EU-Kommission hat wegen der Reformen mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eröffnet und Klagen beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Nun dreht Polen gegen Deutschland den Spieß um und fordert eine Überprüfung des Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesge-

richtshof. Einen entsprechenden Antrag, den EuGH anzurufen, werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße.

Ziobro erklärte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen nun die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhän-



Polens Justizminister Zbigniew Ziobro moniert den politischen Einfluss bei der Auswahl der Richter für den deutschen Bundesgerichtshof.

FOTO: DPA

gigkeit künftiger Richter am Bundesgerichtshof habe. Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer an Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.

Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH monierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“, an seiner

Unabhängigkeit gebe es berechtigten Zweifel.

Ziobro argumentiert nun, in Deutschland würden Richter für den Bundesgerichtshof vom Richterwahlausschuss gewählt, der ausschließlich aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentsabgeordnete sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.

HEUTE	MORGEN
16° 14°	20° 12°

DER TAG HEUTE

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki will im Europaparlament die Entscheidungen in seinem Land zu Rechtsfragen verteidigen. Das polnische Verfassungsgericht meint, dass Teile des EU-Rechts nicht mit Polens Verfassung vereinbar seien. An der Plenardebatte wird auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilnehmen.

Das Europäische Parlament befasst sich mit dem Etatplan für 2022 und der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Der Ausschuss zur Kapitalkapital-Attacke in Washington stimmt über das weitere Vorgehen im Fall Steve Bannon ab. Der Donald-Trump-Vertraute weigert sich, mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten. Es geht um die Erstürmung des US-Parlamentsgebäudes durch Anhänger des bisherigen Präsidenten.

Zum Schutz der Ostsee startet eine internationale Ministerkonferenz in Lübeck. Ziel ist es, ein neues Maßnahmenprogramm zu verabschieden.

Ihre Prognose zur Wirtschaftsentwicklung und zu den finanzpolitischen Herausforderungen bis 2060 legt die OECD vor, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Queen Elizabeth II. gibt einen Empfang im Schloss Windsor anlässlich des Globalen Investment-Gipfels.

„Demokratie schützen - jetzt!“ – die Amadeu-Antonio-Stiftung veranstaltet einen Aktionstag gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Der Prozess gegen eine frühere KZ-Sekretärin in Itzehoe wird fortgesetzt. Der 96-Jährigen wird Beihilfe zum Mord in mehr als 11000 Fällen vorgeworfen. Am ersten Verhandlungstag war sie nicht erschienen; sie wurde nach ihrem Aufgreifen für fünf Tage in Untersuchungshaft genommen.

BÖRSE

DAX	DOW J.	EURO
15474	35259	1,16



LESER-SERVICE

Zentrale: (0 51 51) 200-0
Abo-Service: (0 51 51) 200-777
Anzeigen: (0 51 51) 200-666
Redaktion: (0 51 51) 200-420
Internet: www.dewezet.de

